

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/184

25. September 1973

Gipfel der Verantwortungslosigkeit

Atomwaffensperrvertrag.- Steht die Union vor
einer Zerreißprobe?

Von Karl Wienand MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-
Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 54 Zeilen

Höherer Stellenwert für die Raumordnung

Ein Teilstück sozialdemokratischer Reformpolitik

Von Rudi Walther MdB
Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundes-
tages

Seite 3 und 4 / 73 Zeilen

Die bleibende Aktualität Wicherns

Pionier evangelischer Sozialarbeit

Von Rüdiger Reitz
Referent für Kirchenfragen beim SPD-Partei-
vorstand

Seite 5 / 40 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
Eingliederung"

Gipfel der Verantwortungslosigkeit

Atomwaffensperrvertrag - Steht die Union vor einer Zerreißprobe?

Von Karl Wienand MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Wieder einmal versucht Franz Josef Strauß in einer Entscheidung von zentraler internationaler Bedeutung das Nein seiner Fraktion zu programmieren. In einem Brief an seine Fraktionskollegen nimmt er das Ergebnis der Prüfung des Atomwaffensperrvertrages und des damit in direktem Zusammenhang stehenden Verifikationsabkommens durch eine Kommission unter Leitung von Dr. Schröder vorweg, indem er feststellt, daß eine positive Entscheidung "der Sache nach völlig eindeutig im sowjetischen Interesse liegt und unserem eigenen Interesse zuwiderläuft".

Offensichtlich aufgeschreckt durch die Ernennung von Herrn Kiep, der dem Grundvertrag mit der DDR zustimmte, zum außenpolitischen Sprecher des CDU-Präsidiums und durch die etwas realistischeren Töne der neuen Partei- und Fraktionsführer Kohl und Carstens zur Außenpolitik, macht Strauß den entschlossenen Versuch, die Unionsparteien zu zwingen, auf dem alten Kurs der Konfrontation und destruktiven Kritik zu verharren.

Es stört ihn nicht im geringsten, daß seine Politik darauf hinausläuft, die Bundesrepublik Deutschland international, insbesondere aber im westlichen Lager zu isolieren. Die angebliche "Kurzsichtigkeit unserer Verbündeten" kann ihn nicht davon abhalten, die nukleare Option für die Bundesrepublik offenzuhalten. Der Schaden, der dem deutschen Ansehen durch derartige atomare Gedankenspiele zugefügt wird, kümmert ihn nicht. Überlegungen dieser Art werden von ihm als "taktisch-kurzfristig" abgetan. "Langfristig-strategisch" kann dagegen in der CDU/CSU seiner Meinung nach nur Franz Josef Strauß denken; wer etwa anderer Meinung sein sollte, dokumentiert damit lediglich seine politi-

sche Kurzsichtigkeit.

Auf die Reaktion derjenigen Oppositionspolitiker, die - wie es heißt - dem Atomwaffensperrvertrag zustimmen wollen, darunter Professor Carstens und Dr. Schröder, auf diesen massiven Angriff des CSU-Vorsitzenden darf man gespannt sein. Möglicherweise hat Springers "Welt" sogar recht, wenn sie eine neue Zerreißprobe der Union voraussagt. Beim letzten Kräftemessen dieser Art, als es um den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinten Nationen ging, hat sich Strauß jedenfalls durchgesetzt und den damaligen Fraktionsvorsitzenden Dr. Barzel dazu gezwungen, die Konsequenzen zu ziehen.

Nach der Intervention von Strauß erhält die bevorstehende Entscheidung der Opposition über ihre Haltung zum Atomwaffensperrvertrag einen Stellenwert, der weit über die eigentliche Frage der Außenpolitik hinausgeht. Für die weitere Entwicklung der Unionsparteien und damit letzten Endes auch für die Demokratie in unserem Lande wird es von größter Bedeutung sein, ob es dem CSU-Chef gelingt, seine Fraktion weiterhin auf dem Kurs der totalen Negation zu halten oder ob sich die Kräfte in der CDU/CSU um Weizsäcker und Kiep durchsetzen, die in verantwortlicher Weise die Rolle einer konstruktiven Opposition annehmen wollen.

(-/25.9.1973/bgy/ex)

+ + +

Höherer Stellenwert für die Raumordnung

Ein Teilstück sozialdemokratischer Reformpolitik

Von Rudi Walther MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Wenn das Stichwort Regionalpolitik in Europa fällt, denkt jeder fast unwillkürlich an Süditalien oder Schottland. Daran, daß es auch in der Bundesrepublik Strukturprobleme in Gebieten mit wirtschaftlicher Unterentwicklung gibt, wird allzu oft angesichts einer überbordenden Konjunktur wenig gedacht. Aber wenn allein rd. 60 vH. des Bundesgebietes zu den Fördergebieten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur" gehören, dann beweist dies, daß es auch bei uns noch ein erhebliches strukturelles Ungleichgewicht gibt, auch wenn man der Meinung sein sollte, daß der Prozentsatz von 60 des Guten zu viel sei.

In der Privatwirtschaft vollzieht sich seit Jahren ein Prozeß der Kapitalkonzentration, mit dem gleichzeitig ein Prozeß der geographischen Konzentration des Kapitals einhergeht. Diese von reinen Überlegungen privatwirtschaftlicher Gewinnmaximierung bestimmte Entwicklung führt zu einer immer größeren Zusammenballung von Menschen und Kapital in den sog. Ballungsräumen und zu einer fortschreitenden Entleerung der strukturschwächeren Räume. Sowohl die Folgekosten für die Bewältigung von Problemen, die sich aus der Ballung ergeben, als auch die Kosten für die Stützung strukturschwacher Gebiete belasten die öffentliche Hand erheblich mehr als es bei einer ausgewogenen Struktur notwendig wäre. Standort- und Konzentrationsentscheidungen, die sich lediglich an Maximen wirtschaftlicher Gewinnmaximierung orientieren, gehen also volkswirtschaftlich unter dem Strich nicht auf.

Die Praxis zeigt, daß das System von Steuerpräferenzen und Investitionszulagen nicht ausreicht, um Arbeitsplätze insbesondere qualifizierter Art dort zu schaffen, von diese am ehesten benötigt werden. Wäre es anders, müßten im Zonenrandgebiet Milch und Honig fließen. Trotz unbestreitbarer Verbesserungen gerade in diesem Gebiet, weiß jeder, daß hier noch manches im Argen liegt.

Steuerpräferenzen und Investitionszulagen, oft auch als Ver-

mögensbildung in Arbeitgeberhand apostrophiert, sind nur Teilkriterien von Standortentscheidungen und in aller Regel nicht die Wichtigsten. Und es gibt auch Beispiele dafür, daß Betriebsstätten nach Kassierung von staatlichen Hilfen wieder geschlossen wurden. Erfolgskontrollen, d.h. die Kontrolle darüber, ob die mit den staatlichen Hilfen versprochenen Arbeitsplätze tatsächlich geschaffen wurden, finden sehr oft nicht statt.

Unterschiedliche Einkommensverhältnisse, verbunden mit der Abwanderung von Arbeitskräften vor allem junger Menschen in die Ballungsgebiete, in denen besser verdient wird, sind die Folge einer solchen Entwicklung, die beinahe in einen Teufelskreis einzumünden droht. Bevölkerungsstagnation und eine erhebliche Verschlechterung der Altersstruktur sowie trotz der Hochkonjunktur bedenkliche Arbeitslosenzahlen in den strukturschwachen Räumen sind, wie eine Reihe von statistischen Zahlen der letzten Zeit anzeigen, unüberhörbare Warnzeichen.

Wenn der Staat diese Entwicklung, die nur durch die gegenwärtige Konjunkturlage übertüncht wird, in den Griff bekommen will, müßte mehr geschehen. Mehr Investitionsmittel aller Art müßten in die strukturschwachen Gebiete gelenkt werden (z.B. müßten Straßenverkehrsmittel nicht nur nach der Verkehrsfrequenzierung, sondern auch im Hinblick auf die Erschließung von strukturschwachen Gebieten verteilt werden). Administrative Entscheidungen, z.B. über neue Behörden oder aufzulösende Behörden müßten für, nicht aber gegen strukturschwache Räume gefällt werden. Die Auflösung von Bundesbahndirektionen z.B. ausgerechnet in strukturschwachen Räumen ist ein Beispiel dafür, wie man es nicht machen sollte. Methoden für eine regionalisierte Konjunkturpolitik sollten entwickelt werden. Die Planungsinstrumente des Staates müßten verbessert werden, um privatwirtschaftliche Investitionen auch geographisch besser lenken zu können.

Gerade der letzte Vorschlag wird bei Marktwirtschaftsfanatikern Anstoß erregen. Aber die Entwicklung zeigt, daß das marktwirtschaftliche System mit den Problemen einer vernünftigen Strukturpolitik nicht allein fertig wird. Kurzum: Es ist an der Zeit, daß die Raumordnung einen erheblich höheren Stellenwert erhält als bisher.

Der zuständige Minister der Bundesregierung, Dr. Hans-Jochen Vogel, weiß um die Bedeutung dieser Probleme. Gerade Sozialdemokraten sollten ihn ermuntern, Raumordnungspolitik als Teilstück sozialliberaler Reformpolitik energisch zu betreiben.

(-/25.9.1973/ks/ex)

+ + +

Die bleibende Aktualität Wicherns

Pionier evangelischer Sozialarbeit

Von Rüdiger Reitz

Referent für Kirchenfragen beim SPD-Parteivorstand

Die Evangelische Kirche hat in diesem Jahr den September zum "Monat der Diakonie" erklärt. Sie gedachte am 22. September eines Mannes, der die soziale Frage zu einem Prüfstein kirchlicher Präsenz in der Gesellschaft gemacht hat. Am 22. September war es 125 Jahre her, seit Johann Hinrich Wichern 1848 auf dem Wittenberger Kirchentag in einer aufrüttelnden Rede die Marschrichtung kirchlicher Sozialarbeit für Generationen abgesteckt hat.

Wicherns bleibende Bedeutung liegt darin, daß er im Revolutionsjahr 1848 die kirchliche Sozialarbeit als politische Aufgabe begriffen hat, weil der Staat tiefgreifende Änderungen erfuhr. Gleichzeitig warnte Wichern die Kirche davor, das gesellschaftsdiakonische Mandat zu einer interessenegoistischen Wertung bestimmter Staatsformen und Parteien zu mißbrauchen. Vor dem Hintergrund der erstarkenden Arbeiterbewegung kam Wichern damit eine Erkenntnis, deren Überführung in die Praxis unnötige Belastungen zwischen Sozialdemokratie und Kirchen vermieden hätte.

Jahrzehnte nach der Korrektur historischer Versäumnisse gewinnt Wichern in unseren Tagen neue Aktualität. Am 22. September 1848 sagte er in Wittenberg: "Die Innere Mission hat es jetzt schlechterdings mit der Politik zu tun und arbeitet sie nicht in diesem Sinne, so wird die Kirche mit dem Staat untergehen."

Vielfach lassen sich heute die Lebensbedingungen nur noch ertragen, weil die wachsende Staatstätigkeit in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen verstärkt werden konnte. Bewährte Selbstregelungsmechanismen als Garant für den Spielraum des einzelnen greifen nicht mehr. Mit der Notwendigkeit staatlicher Eingriffe wächst aber zugleich die Schutzbedürftigkeit des einzelnen vor eventuellen staatlichen Übergriffen.

In dieser Situation ist der eigenständige Beitrag kirchlicher Sozialarbeit in ihrer ergänzenden korrigierenden Rolle zu sehen. Um mit Wichern zu reden: "Ohne den Entfaltungsspielraum der Freien Träger geht der soziale Rechtsstaat zugrunde; ohne die koordinierende Rolle des Rechtsstaates gegenüber den Freien Trägern entstehen Versorgungslücken für den einzelnen."

Die Chancen einer Diakonie, die keine Besitzstandswahrung vornimmt, können niemals geringer werden. Im Gegenteil. Dazu sind die vor uns liegenden gesellschaftspolitischen Aufgaben viel zu brisant.

(-/25.9.1973/bgy/ex)